



„Die Abrechnung in der Kleinkinderbetreuung nach Stunden ist ein Irrsinn, der zudem einen unverhältnismäßigen Aufwand mit sich bringt.“
Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder (Team Köllensperger)



„Die Region sollte bestenfalls noch als Koordinierungsgremium bestehen, aber völlig ohne gesetzgeberische Kompetenz.“
Landtagsabgeordneter Paul Köllensperger

3 FRAGEN AN ...

Landesrätin
Waltraud Deeg



„Dolomiten“: Frau Rieder wünscht sich in der Kleinkinderbetreuung eine Abrechnung nach Plätzen...

Waltraud Deeg: Ein solches Modell gibt es bereits, das sind die Kinderhorte. Wir sehen aber, dass sich die Eltern zu einem großen Teil ganz bewusst für das flexiblere Angebot der KiTas und der Tagesmütter entscheiden, weil sie dort eben nur zahlen, was sie benötigen.

„D“: Die neue Urlaubs-Regelung führt dazu, dass Eltern aus Kostengründen das Kind auch dann in die Betreuung schicken, wenn sie es gar nicht brauchen.

Deeg: Zunächst einmal ist es prinzipiell für Kleinkinder wichtig, einen geregelten Ablauf zu haben. Da sollte nicht jeder Tag anders aussehen. Aber natürlich kann man an der Länge der Urlaubsregelung feilen.

„D“: Kleinkinderbetreuung gehöre in öffentliche Hand...
Deeg: Ich denke, wir würden viel verlieren ohne die Sozialgenossenschaften.(ih)/©

Nicht Stunden, Plätze verkaufen

KLEINKINDERBETREUUNG: „Grundlegend falsch“ – Rieder fordert mehr Finanzmittel – „Wo bleibt Sprachkompetenznachweis?“

BOZEN (ih). „Bei der Kleinkinderbetreuung läuft Grundlegendes falsch“, ist Maria Elisabeth Rieder vom Team Köllensperger überzeugt. Größter Fehler: „Die Abrechnung nach Stunden anstatt nach Plätzen.“ Zudem sollte auch die Kleinkinderbetreuung wie die Kindergärten in öffentliche Hand kommen.

Mit den Neuregelungen bei den Kindertagesstätten/Tagesmüttern gingen die Wogen hoch. Besonders die neue Urlaubsregelung, wonach ein Kind nur 3 Wochen im Jahr vom Dienst fernbleiben darf und ansonsten die Eltern den 3-fachen Betrag zu bezahlen haben, sorgte für Unmut (wir berichteten). Aber auch andere Einzelregelungen stießen auf Widerstand.

„Kleinkinderbetreuung in öffentliche Hand geben“

Doch „bei der Kleinkinderbetreuung sind nicht nur Einzelregelungen fragwürdig, da läuft Grundlegendes falsch“, sagt Rieder. „Die Abrechnung nach Stunden ist ein Irrsinn, der zudem einen unverhältnismäßigen Aufwand mit sich bringt.“ Und einen Paradigmenwechsel. Denn mit der Neuregelung zwingt man Kleinkinder regel-



Eine Möglichkeit der Kleinkinderbetreuung ist die Unterbringung bei Tagesmüttern.

dpa-Zentralbild-gms

recht in die Dienste, auch an Tagen oder Stunden, an denen Mutter oder Vater Zeit hätten. „Man sollte wie beim Kindergarten vielmehr Plätze verkaufen; Teilzeit oder Vollzeit. Dann können Kinder jederzeit daheim bleiben, ohne dass es für irgendeinen der Beteiligten Nachteile gibt“, findet Rieder. Grundsätzlich gehöre die Kleinkinderbetreuung zudem ebenso in öffent-

liche Hand wie die Betreuung von Kindern im Kindergartenalter. „Damit ginge eine bessere Ausbildung und eine bessere Bezahlung der Betreuerinnen einher“, weiß sie. Und noch etwas müsste sich ändern: die Sprachkompetenzen der Betreuerinnen. „Es wird kein Nachweis verlangt derzeit, sondern lapidar festgeschrieben, dass mit dem Kind in dessen

Muttersprache zu reden sei. Fatal, wenn ausgerechnet in der Spracherwerbsphase da Betreuerinnen mit unzureichenden Sprachkenntnissen die Kinder versorgen“, findet sie. Dass diese Forderungen mit einem finanziellen Mehraufwand verbunden wären, ist Rieder klar: „Im Moment ziehen in Sachen Kleinkinderbetreuer alle Beteiligten an einer viel zu kleinen

Decke, egal wie man zieht, irgendwo fehlt was. Wir müssen in diesem wichtigen Bereich aber unbedingt mehr Geld in die Hand nehmen“, ist sie überzeugt – und arbeitet bereits an einem entsprechenden Beschlussantrag für den Landtag.

© Alle Rechte vorbehalten



„Aus eigener Kraft anstatt mit Fördermaßnahmen“

TEAM KÖLLENSPERGER: Junge Partei erarbeitet in zweitägiger Klausur Grundsatzprogramm – „Haben sozialliberale Grundausrichtung“ – Schutz der Bürgerrechte

NALS (ih). 2 Tage hat sich das Team Köllensperger am Wochenende Zeit genommen, um das Grundsatzprogramm auszuarbeiten. „Wir wollen alle eine sozialliberale Ausrichtung. Aber es ist wichtig, dass wir alle das Gleiche darunter verstehen“, erklärte die Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder im Anschluss an die Klausur in der Lichtenburg.

Vornweg, so Team-Chef Paul Köllensperger, sollen die Werte der Bewegung zu finden sein: „Ehrlich, transparent, offen und auf Augenhöhe mit dem Bürger. Wir sind keine Partei für irgendeine Lobby, wir werden keine Lobbyinteressen vertreten.“

Danach ging es ans Eingemachte: Bürgerrechte, Soziales,

Arbeit, Gesundheit, Landwirtschaft, Energie, Umwelt, Autonomie und Europa – alles wurde ausgiebig durchdiskutiert.

Die Basis bildet eine „sozialliberale Grundhaltung“, so Köllensperger. „Wir bekennen uns zu einer solidarischen Wertegemeinschaft, die diejenigen unterstützt und mitnimmt, die es nicht aus eigener Kraft schaffen. Grundsätzlich sollte es aber Ziel sein, dass es jeder eigenverantwortlich und aus eigener Kraft zu schaffen versucht. Wir wollen keine Gesellschaft, die nur durch Fördermaßnahmen über die Runden kommt“, erklärt Köllensperger den Konsens der neuen Partei. Voraussetzung dafür muss Chancengleichheit sein: „Wir müssen



Auf der Suche nach dem roten Faden: Team Köllensperger bei der Klausurtagung.

in der Politik daher dafür sorgen, dass auch der soziale Aufzug wieder funktioniert“. Auch eine Stärkung bzw. den Schutz der Bürgerrechte hat sich das Team Köllensperger bei der Klausur auf die

Fahnen geschrieben, ebenso wie den Ausbau der Autonomie, insbesondere in Sachen Steuerhoheit. Dazu gehört für die Köllenspergerianer aber auch ein Abbau der Bedeutung der Region.

„Sie sollte bestenfalls noch als Koordinierungsgremium bestehen, aber völlig ohne gesetzgeberische Kompetenz“, erklärt der Team-Chef.

Dabei sei am Rande natürlich

auch über die derzeitigen Aufstockungspläne für die Regionalregierung (siehe auch Seite 5) geredet worden: „Das ist dem Bürger wirklich schwer zu vermitteln und hat auch bei unseren Mitgliedern allgemeines Kopfschütteln ausgelöst.“

Im Grundsatzprogramm wird auch ein Bekenntnis zu Europa stehen. Entscheidungen zu den Europawahlen seien am Wochenende nicht getroffen worden. „Wir haben noch alle Optionen offen und werden nun nach gesamtstaatlichen Partnern schauen. Bis Anfang März wollen wir entscheiden, ob und wenn Ja, mit wem wir antreten. Erst dann geht es um Namen“, so Köllensperger.

© Alle Rechte vorbehalten

madeexpo.it

PICK NEW IDEAS MADE IN MILAN

13.-16. MÄRZ 2019 | **INTERNATIONALE MESSE FÜR ARCHITEKTUR UND BAUWERBE** | **MESSE MAILAND RHO ITALIEN**